



# Newsletter

Ausgabe 24 – Februar 2026 – Jahrgang 10

**Unterstützung,  
Beistand, Opferhilfe für  
Justiz und Gesellschaft.**

Nur gemeinsam können wir  
etwas bewegen und langfristige  
Lösungen schaffen.

Liebe Mitglieder,  
liebe Freunde und Förderer des Sozialwerks,

im Dezember 2025 haben wir Sie durch einen Sondernewsletter kurz über den gewaltsamen Tod eines Gerichtsvollziehers aus dem Saarland informiert. Wir hatten in Kooperation mit dem Deutschen Gerichtsvollzieher Bund – Landesverband Saarland – zu einer Spendenaktion aufgerufen.

Mit diesem Newsletter wollen wir Sie ausschließlich über Einzelheiten der grausamen Tat und das Ergebnis der Spendenaktion informieren.

Der Vorfall hat eine Flut von Solidaritätsbekundungen nicht nur im Berufsfeld der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher ausgelöst. Das zeigt uns, wir sind nicht nur ein Volk von unzufriedenen „Meckerern“. Im Ernstfall halten wir zusammen und helfen und unterstützen jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten.

Der Landesverband NRW im Deutschen Gerichtsvollzieher Bund hatte gleichzeitig mit unserer Spendenaktion eine eigene Aktion über das Portal „GoFundme“ initiiert. Über das Ergebnis dieser Sammlung können wir hier keine Aussage machen.

Wir als Sozialwerk des DGVB e.V. wünschen uns, Fälle wie diesen im Saarland möglichst gar nicht mehr zu erleben. Wenn es aber passiert, haben wir wieder einmal eindrucksvoll bewiesen, dass wir schnell, unkompliziert und ohne großen bürokratischen Aufwand in der Lage sind, zu helfen.

Wir sind eine starke Solidargemeinschaft. Damit wir unsere Arbeit weiter ausbauen und noch mehr bewirken können, möchten wir Sie herzlich bitten, unseren Verein in Ihrem persönlichen und beruflichen Umfeld weiterzuempfehlen. Vielleicht kennen Sie Menschen, die sich ebenfalls für unsere Anliegen interessieren und sich gerne engagieren würden.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung und Ihr Engagement!

Der Vorstand

Hüermann

Sander

Dorenkamp

Growitz

Wir schreiben den 25.11.2025. In Windeseile verbreitet sich die Nachricht vom gewaltsamen Tod des Gerichtsvollziehers Christoph J. in allen Medien.

Noch am selben Nachmittag erhalten wir vom Vorsitzenden des Deutschen Gerichtsvollzieher Bundes Landesverband Saarland die traurige Gewissheit. Im Rahmen einer Zwangsräumung wurde der 58 Jahre alte Gerichtsvollzieher auf brutalste Weise getötet. Genauere Angaben konnten zu diesem Zeitpunkt auch auf unsere telefonische Nachfrage beim Vorsitzenden des Landesverbandes noch nicht gemacht werden.

Erst am nächsten Tage wird der volle Umfang dieser grausigen Tat bekannt. Der Kollege Christoph J. wurde mit Stichen eines Jagdmessers vom Schuldner getötet und aus dem Leben gerissen. Trotz aller Schutzmaßnahmen hatte er nicht die geringste Chance, diesen brutalen Angriff abzuwehren und zu überleben.

In enger Absprache mit den Kollegen des Vorstandes des saarländischen Gerichtsvollzieherverbandes haben wir überlegt, welche akuten Maßnahmen erforderlich sind. An dieser Stelle muss ausdrücklich der Umgang der saarländischen Justiz und auch der Landesregierung gelobt werden. Noch am Tage des Geschehens besuchte der Staatssekretär des Justizministeriums in Begleitung eines Polizeipsychologen und eines Geistlichen die Hinterbliebenen, um Beileid im Namen der gesamten Landesregierung auszusprechen und der Witwe jegliche Unterstützung, Hilfe und Beistand anzubieten. Die Justizministerin selbst und die Ministerpräsidentin des Saarlandes besuchten die Familie am nächsten Tage mit denselben Hilfszusagen.

Sämtliche Kolleginnen und Kollegen des Getöteten wurden in das Justizministerium eingeladen, wo im Beisein eines Psychologen Trauerbewältigung stattfand. Denn – es dürfte klar sein – nicht nur die Familie des Getöteten war schockiert, alle Kolleginnen und Kollegen in der gesamten Republik waren entsetzt über diesen Anschlag. Mit dieser Einladung sollte eventuellen Traumata vorgebeugt werden.

So war für uns klar, im Bereich der Traumabewältigung ist die Familie bestens versorgt. Es war nicht nötig, der Familie ein Gesprächsangebot mit unserem Kooperationspartner, dem Zentrum für Trauma- und Konfliktmanagement in Köln, anzubieten.

Der Vorstand des Landesverbandes äußerte die Absicht, eine Spendenaktion ins Leben zu rufen und befragte uns nach unseren Erfahrungen, wie eine solche Aktion zu organisieren sei. Wir haben den saarländischen Kolleginnen und Kollegen angeboten, diese Aktion organisatorisch zu steuern und haben dafür unser Konto als Spendenkonto angeboten. So wurde in Kooperation mit dem saarländischen Verband die Spendenaktion ins Leben gerufen, zu der wir durch unseren Sondernewsletter im Dezember 2025 aufgerufen hatten.

Diese Aktion rief eine Welle der Solidarität und Anteilnahme nicht nur unter den Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern hervor. Sie wurde von 324 Spendern unterstützt mit einer Gesamtspendensumme von 24.005,00 EURO. Diesen Betrag haben wir als Sozialwerk aus unseren Rücklagen aufgestockt und konnten so der Witwe einen Solidarbeitrag von insgesamt 30.000,00 EURO überweisen.

Selbstverständlich stehen wir auch weiterhin im engen Kontakt mit der Witwe des Verstorbenen. Die Inhalte dieser Gespräche sind aber vertraulich.

**Von Herzen möchten wir uns auch im Namen der saarländischen Berufsvertretung und der Hinterbliebenen bei allen Spendern für Ihre großzügige Unterstützung dieser Spendenaktion bedanken. Dank Ihrer Hilfe konnten wir die Familie von Christoph J. unterstützen. Es ist alles andere als selbstverständlich, so viel Mitgefühl und Solidarität zu erfahren. Ihr Vertrauen und Ihre Bereitschaft zu helfen, bedeuten uns sehr viel.**

**Gemeinsam haben wir gezeigt was möglich ist, wenn Menschen zusammenstehen. Dafür sagen wir**

**DANKE!**

Gestatten Sie uns in diesem Zusammenhang noch ein paar persönliche Bemerkungen.

**„Mir passiert schon nichts.“**

Diesen Satz hören wir in Gesprächen mit der Berufsgruppe der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher immer wieder – insbesondere von ihren männlichen Kollegen. Dieser Vorfall im Saarland zeigt aus unserer Sicht aber wieder einmal eindrucksvoll,

**JEDEN KANN ES TREFFEN – UNVORBEREITET und JEDERZEIT!**

Wirklich niemand, der seinen Dienst in der Öffentlichkeit verübt – sei es als Gerichtsvollzieher, Polizist, Rettungssanitäter o.ä. – kann heute mehr sicher sein, dass er seinen Arbeitstag unbeschadet übersteht.

Deshalb unser Appell an unsere zahlreichen Mitglieder aus dem Bereich der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher:

Nutzen Sie die bereits vorhandene Sicherheitsausrüstung konsequent. Auch wenn es keine Tragepflicht für Schutzwesten gibt – eine im Kofferraum des Fahrzeugs liegende Weste nutzt gar nichts.

Einzig eine schuß- und stichsichere Weste als Sicherheitsausrüstung für den Außendienst reicht allerdings nicht aus. Unterstützen Sie Ihren Berufsverband in seinen berechtigten Bemühungen, größtmögliche Sicherheit für Sie zu erreichen. Zeigen Sie auf Veranstaltungen des Berufsverbandes, die oftmals auch von Politikern und Entscheidungsträgern besucht werden, Präsenz. Dokumentieren Sie damit, dass Ihnen das Thema ihrer Sicherheit wichtig ist, dass Sie zusammenstehen und die Forderungen der Kolleginnen und Kollegen aus den Vorständen unterstützen. Nur gemeinsam sind Sie stark.

Bleiben Sie gesund und passen Sie stets gut auf sich auf.

Ja, ich bin dabei, setze ein Zeichen der Solidarität und erkläre  
meinen Beitritt zum



Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Geburtsdatum: \_\_\_\_\_ Telefon/Mobil: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Eintritt zum: \_\_\_\_\_ Bundesland: \_\_\_\_\_

Der von der Mitgliederversammlung festgelegte Jahresmindestbetrag beträgt 10,00 EUR.

☐ Den Mitgliedsbeitrag von 10,00 EUR -oder aber-

☐ den selbst bestimmten Betrag von \_\_\_\_\_ EUR

bitte ich einmal jährlich von meinem folgenden Konto abzubuchen:

Bankinstitut: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

Zahlungsempfänger: Sozialwerk des DGVB e.V.

Gläubiger-ID-Nr.: DE 24 ZZZ 00001460551

Änderungen meiner Anschrift, meiner Bankverbindung sowie meiner E-Mail-Adresse teile ich selbstständig mit. Kosten für stornierte Lastschriften gehen zu meinen Lasten.

Ich bin damit einverstanden, dass künftige Einladungen zur Mitgliederversammlung oder sonstigen Informationen per E-Mail übermittelt werden können.

Datenschutzerklärung: Ich bin mit der Erhebung, Verarbeitung (Speicherung, Änderung, Übermittlung) und Nutzung meiner o.a. personenbezogenen Daten in folgendem Umfang einverstanden: Das Sozialwerk erhebt, verarbeitet und nutzt personenbezogene Daten sowie die E-Mail-Adresse seiner Mitglieder mittels EDV nur zur Erfüllung seiner satzungsgemäßen Zwecke und Aufgaben. Eine Weitergabe an Dritte wird ausgeschlossen. Diese Einverständniserklärung kann jederzeit widerrufen werden.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte senden:

per Scan-Mail an: [info@sozialwerk-dgvb.de](mailto:info@sozialwerk-dgvb.de)

per Brief: Sozialwerk des DGVB e.V., Mercatorstraße 3, 59069 Hamm

oder elektronisch ausfüllen unter [www.sozialwerk-dgvb.de](http://www.sozialwerk-dgvb.de)